

Danziger Zeitung.

Nr 15752.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Reiterhagengasse Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1886.

Die öffentlichen Feuer-Societäten und das Versicherungsprivileg.

V.

(Schluß.)
In einem Falle allerdings würde man einräumen müssen, daß die Uebernahme des Versicherungsbetriebes durch den Staat oder durch öffentliche Verbände das einzige System sei, welches der gestellten Aufgabe genügen könne — wenn man nämlich vernünftiger Weise auf den Gedanken kommen könnte, für die Immobilien-Feuerversicherung einen allgemeinen Versicherungszwang einzuführen. Denn diesem müßte, soll er nicht von vornherein durchbrochen werden, notwendig aus Seiten des Versicherers eine Pflicht zur Annahme sämtlicher offerirten Risiken gegenüberstehen. Eine solche Verpflichtung aber kann Privatgesellschaften überhaupt nicht auferlegt werden — erkennen sie doch gegenwärtig auch die öffentlichen Societäten nicht an, welche vielmehr gefährlichere Risiken nicht zum vollen Werthe annehmen, besonders gefährliche ganz zurückweisen.

Aber ein derartiger Versicherungszwang wäre weder notwendig noch nützlich oder auch nur zu rechtfertigen. Wohl berührt der Schadensfall, gegen welchen hier Versicherung genommen wird, das Brandunglück insofern auch öffentliche Interessen, als es einmal erhebliche Vermögenswerthe vernichtet und dadurch die von dem Schaden Betroffenen in ihrer Leistungsfähigkeit herabdrücken kann, während der Staat offenbar ein Interesse daran hat, diese Leistungsfähigkeit zu erhalten und zu steigern, und als andererseits die Feuergefahr eine solche ist, welche sich ihrer Natur nach nicht auf einen einzelnen Betroffenen beschränkt, sondern auch den Besitzstand der Nachbarn bedroht. Aber dem Staate kann unmöglich das Recht beigelegt werden, die Fürsorge für seine Bürger so weit zu treiben, daß er denselben ökonomische Maßregeln, welche er für geeignet hält, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern oder zu sichern, lediglich deshalb vorschreibt, weil er selbst mittelbar durch ihren Vermögensverlust mit betroffen würde. Mit dem gleichen Rechte könnte es sonst auch verboten werden, sich auf Börsen- oder Handels speculationen einzulassen, mehr als eine bestimmte Summe für noble Passionen auszugeben, oder in der Staatslotterie zu spielen. Der Staat hat das Recht und die Pflicht, das Feuerversicherungswesen nach Kräften zu fördern und seine Ausbreitung zu unterstützen; bis zum directen Beitrittswang darf er nicht gehen. Und gegen die Gemeingefährlichkeit der Feuerbrunst ist die Versicherung offenbar nicht das rechte Mittel. Hier muß die Abhilfe einerseits auf dem Gebiete der Feuerpolizei, in der Beseitigung feuergefährlicher Anlagen, andererseits in einer Verbesserung der Absehrichtungen gesucht werden. Ja, man könnte geradezu behaupten, daß der Versicherungszwang mit dem correspondirenden Rechte, unter allen Umständen Versicherung zu erhalten, eher dazu beitragen muß, die Größe der Feuergefahr an sich zu erhöhen, weil er eben den Anreiz zur Vermehrung der Feuergefährlichkeit beseitigt, welcher darin liegt, daß gegenwärtig es schwer oder gänzlich unmöglich ist, für gewisse Gebäude, welche sich und ihre Nachbarschaft besonders gefährden, einen Versicherer zu finden. Und daß es so ist, ist durchaus in der Ordnung und entspricht den Grundätzen einer rationellen Versicherung. Diese beruht im Wesentlichen darauf, daß durch Vereinigung einer großen Anzahl gleichartiger Risiken es ermöglicht wird, auch in die lediglich vom Zufall abhängigen Schadensfälle eine gewisse Gesetzmäßigkeit zu bringen, auf Grund einer sorgfältigen Statistik und mit Hilfe von Durchschnitts- und Wahrscheinlichkeitsberechnungen die Chancen der voraussichtlich eintretenden Entschädigungsfälle festzustellen und so für jedes Einzelrisiko einen Preis zu normiren. Diese solide technische Grundlage muß notwendig über den Haufen geworfen werden, sobald die Versiche-

rung auf Unternehmungen erstreckt wird, welche außerhalb des Rahmens solcher Durchschnittsberechnung liegen. Es ist schon häufig gesagt worden und kann nicht oft genug wiederholt werden, daß ebenso wie creditunwürdige Personen es auch versicherungsunwürdige Risiken giebt. Daß jene, wenn ihnen der beanspruchte Credit verweigert wird, wenn ihr Versicherungsantrag abgelehnt wird, die Schuld auf die bestehenden Einrichtungen schieben und vom Staate Abhilfe verlangen, ist ja sehr begreiflich, wird doch aber Niemand darüber täuschen, daß in Wirklichkeit die Schuld lediglich an den Beschwerdeführern selbst liegt.

Es bliebe noch zu untersuchen, ob nicht umgekehrt auch Gründe allgemeiner Natur vorhanden sind, welche gegen die Verleihung der beanspruchten Privilegien an die öffentlichen Feuer-Societäten sprechen. Doch wollen wir es unterlassen, alles das zu wiederholen, was hier und bei anderen Gelegenheiten bereits besser gesagt ist, um grundsätzlich die Einführung von Monopolen und Ausschlußrechten im Allgemeinen und insbesondere auf dem Gebiet des Versicherungsrechts zu bekämpfen. Wir dürfen hierauf um so eher verzichten, als die wichtigsten Punkte bereits im Verlauf der früheren Ausführungen haben berührt werden müssen. Nur einige kurze Bemerkungen bleiben nachzutragen.

Man wird sicherlich nicht behaupten wollen, daß die Entwicklung des Versicherungswesens auf irgend einem Gebiete und speciell auf dem der Feuerversicherung bereits abgeschlossen sei. Wie die Versicherung überhaupt ein Product durchaus moderner Rechtsanschauungen und Verkehrsbedürfnisse ist, so hat sie — und das gilt namentlich auch von der Feuerversicherung — erst auf eine verhältnismäßig sehr kurze Geschichte zurückzuführen. Wohl mag man schon jetzt erahnen über die Mannigfaltigkeit der Versicherungsformen, die sich bereits ausgebildet haben, über die Schmiegsamkeit, mit welcher das anstehende so spröde und formstrenge Institut den Bedürfnissen und Wünschen des Publikums entgegen zu kommen verstanden hat. Aber auch eine oberflächliche Kenntniss der Specialitäten des Versicherungswesens genügt, um den überzeugenden Beweis zu erbringen, daß hier noch so gut wie Alles im Fluß ist. Nicht nur ist es eben die bisher mit großem Geschick gelöste Aufgabe dieser Ausbildung, die Lücken, welche das gleichfalls veränderliche und wechselnde Verkehrsleben stets von neuem bietet, prompt und zweckmäßig auszufüllen, sondern fort und fort wird auch gearbeitet an der Bereinigung und Vervollkommnung der rechtlichen Grundlagen, auf welchen dieses ganze Gebäude ruht. Gerade die Zeit, die stetig zunehmende Verknüpfung und Ergänzung der unerlässlichen statischen Unterlagen, ist es, welche allein das Fundament der Versicherung immer solider ausgestalten kann und unablässig an dieser Arbeit ist. Ist es nun schon ein gewagtes Unternehmen, in einen so in voller Entwicklung und Veränderung begriffenen Verkehrsweig auf irgend eine Weise mit Zwangsgeetzen einzugreifen, so muß das in um so höherem Grade der Fall sein, wenn dieser Eingriff ein derartiger ist, daß er notwendig das ganze Getriebe zum Stillstand bringen muß. Das aber wäre die unaussprechliche Folge der Monopolisirung eines Versicherungszweiges. Einerseits ist kein System denkbar, welches weniger geeignet wäre, sich den wechselnden Bedürfnissen des Verkehrs anzupassen, als die bürokratische Verwaltung. Durch die privilegierte Stellung würde andererseits jede Nothwendigkeit in Fortfall kommen, eine solche Anpassungsfähigkeit im Interesse der Ausbreitung des Geschäftsbetriebes zu erwerben. Mag man immerhin den Privatgesellschaften den Vorwurf machen, daß sie ihr Gewerbe zunächst in der eigennütigen Absicht betreiben, daran zu verdienen. Das wird man nicht leugnen und ebenso wenig ändern können, daß der Eigennutz nun einmal die Triebfeder allen menschlichen Verkehrs ist, und daß es gar keinen Factor giebt, der besser im Stande wäre, einen

wichtigen Verkehrsweig zu entwickeln und auszubilden, als eben ein in den rechten Schranken gehaltener Eigennutz. Mögen immerhin also auch die Actionäre dabei verdienen — wenn nur dadurch erreicht wird, daß gleichzeitig den Interessen der Versicherungsnehmer gedient ist. Eine Beseitigung dieses treibenden Moments durch Privilegien und Bureaukratisierung der Verwaltung muß die blühende Entwicklung des Versicherungswesens, wenn nicht ganz zur Stagnation bringen, doch in bedauerlicher Weise verlangsamten und aufhalten.

Aber noch in einer anderen Beziehung ist der bürokratische Betrieb des Versicherungswesens durchaus nicht im Stande, die Lücke auszufüllen, welche durch die Verdrängung des Privatbetriebes entstehen würde. Die Privatgesellschaften sind unablässig thätig an der Verbreitung der Erkenntniss von der Wichtigkeit und Nothwendigkeit der Versicherung durch die acquiritorische Thätigkeit ihrer Agenten. Es soll nicht im mindesten bestritten werden, daß auch dies wieder in erster Linie oder vielmehr sogar ausschließlich im eigenen Interesse der Gesellschaften geschieht, welche ihren Kundenkreis erweitern, ihren Geschäftsbetrieb ausdehnen wollen. Ja — man kann ruhig zugeben, daß die Sache auch ihre Rehrseite hat, daß einzelne Agenten durchaus nicht wahllos in den Mitteln sind und das Publikum zum Theil recht unangenehm belästigen. Das ändert jedoch nicht das mindeste daran, daß auf diesem Wege die Lehre von der segensreichen Wirkung der Versicherung in immer weitere Kreise getragen wird, und daß dies nur auf diesem Wege geschehen kann. Die Folge davon ist aber nicht allein die direct beabsichtigte, der Abschluß des Versicherungsvertrages. Schon der Anschluß zu versichern, die Bereitwilligkeit, einen gegenwärtigen, wenn auch kleinen, sicheren Verlust freiwillig zu übernehmen, um einen möglichen, aber keineswegs gewissen, größeren zukünftigen Schaden zu vermeiden, ist der Beweis einer geläuterten wirtschaftlichen Anschauung, die nichts weniger als allgemein verbreitet ist, die aber, wo sie einmal vorhanden und erweckt ist, notwendig ihre Rückwirkung auch auf anderen Gebieten äußern muß. So übt die Versicherung eine wichtige sociale und culturale Mission von nicht zu unterschätzender erzieherischer Bedeutung. Das aber wäre mit einem Male abgeschnitten. Denn eine Behörde kann wohl zum Beitritt auffordern, sie kann zu belehren suchen, aber sie kann nicht in der Weise Kunden werden, wie es die Privatgesellschaften thun. Diese acquiritorische Thätigkeit kann durch keine behördlichen Maßregeln, durch keinen Erlaß auch des einflussreichsten und beliebtesten Reichsraths auch nur annähernd ersetzt werden. Den gleichen Erfolg für die Versicherungsanstalt kann man freilich erreichen durch Einführung des Versicherungszwangs. Aber dann wird eben auf Grund der gesetzlichen Nothwendigkeit und nicht infolge der eigenen Erkenntniss von der Zweckmäßigkeit der Versicherung. Und das ist etwas Grundverchiebenes!

Wir sind so — um uns kurz zu resumiren — zu dem Ergebnis gekommen, daß die öffentlichen Feuer-Societäten, welche für die Entwicklung unseres Immobilien-Versicherungswesens eine wichtige historische Bedeutung gehabt haben, in der Concurrenz mit den Privatgesellschaften aus inneren und äußeren Gründen zurückgefallen sind, daß durch schlagende Gründe allgemeiner und principieller Natur, welche es rechtfertigen könnten, denselben durch Verleihung des Versicherungsprivilegs zu Hilfe zu kommen, nicht vorhanden sind, wohl aber wichtige Erwägungen gegen eine solche Bevorzugung der Societäten sprechen, daß es endlich im Interesse des Versicherung suchenden Publikums allein liegen kann, wenn ihm eine möglichst mannigfaltige Auswahl von Versicherungs-Gelegenheiten geboten, und wenn daher die Concurrenz aller bestehenden Versicherungsanstalten nicht mehr beschränkt wird, als dies zur Ausübung der noth-

wendigen staatlichen Aufsicht und Controle erforderlich ist. Mag man die öffentlichen Societäten auch ferner an diesem Concurrenzkampf theilnehmen lassen, mag man sie im Besitze der gegenwärtigen nicht gering anzuschlagenden Vorrechte — wie Benutzung der Local- und Gemeindebehörden, Einziehung der Societätsbeiträge im Wege der Verwaltungs-execution — belassen, mag man ihnen sogar das Recht geben, unbeschränkt ihren Geschäftsbetrieb auf die Mobilienversicherung auszudehnen, aber man lasse den Grundpfeiler unseres Versicherungswesens, die freie Concurrenz, unangetastet, und hüte sich, einen blühenden Zweig dieser Industrie zum Stillstand zu verdammen — lediglich zum Besten einer geringen Anzahl von Interessenten.

Deutschland.

H. Berlin, 18. März. Zum Geburtstage des Kaisers, dessen Befinden sich nach Äußerungen seiner Umgebung täglich merklich bessert, treffen außer dem König und dem Prinzen Georg von Sachsen und zahlreichen Fürstlichkeiten auch der Kronprinz und die Kronprinzessin von Schweden via Kiel-Hamburg (die Kronprinzessin begiebt sich nach glücklich beendeter erfolgreicher Massagetur in Amsterdam dorthin) hier ein.

Berlin, 18. März. Wie man hört, haben sich die Socialdemokraten im Reichstage nunmehr bereit erklärt, bei der Berathung des Socialistengesetzes im Plenum für die Abschaffung des Gesetzes durch die Anträge Windthorst zu stimmen, um die Regierung vor die Wahl zu stellen, die Verlängerung des so geänderten Gesetzes anzunehmen oder auf die Verlängerung des Socialistengesetzes überhaupt zu verzichten. Die Entscheidung liegt demnach ausschließlich beim Centrum; Herr Windthorst hat sich auch seiner Fraktion gegenüber verpflichtet, seine Anträge bei der Plenarberatung wieder einzubringen. Die freisinnige Partei ihrerseits soll entschlossen sein, in Abweichung von der vor drei Jahren befolgten Taktik auch bei der zweiten Berathung im Plenum für die Anträge Windthorst zu stimmen, so daß die Annahme derselben in der Specialdiscussion gesichert erscheint. Eine Gesamtbestimmung über das ganze Gesetz findet bei der 2. Berathung im Plenum überhaupt nicht statt. Das nach den Anträgen Windthorst abgeänderte Gesetz würde also die Grundlage der 3. Berathung bilden, welche voraussichtlich seitens der Reichsregierung mit der Erklärung eröffnet wird, daß die verbündeten Regierungen die Beschlußföher 2. Lesung als unannehmbar erachten. Seitens der Regierungsparteien wird dann bei der 3. Lesung wohl der Antrag eingebracht werden, die ursprüngliche Fassung des Gesetzes wieder herzustellen. Das Centrum oder wenigstens derjenige erhebliche Theil derselben, welcher eine Verlängerung des Gesetzes unter allen Umständen herbeiführen will, kommt dann in die eigenthümliche Lage, in der 3. Lesung gegen die Windthorst'schen Anträge zu stimmen.

F. Berlin, 17. März. Eine Enquete über die Lage der Landwirtschaft scheint in jedem Falle das Ergebnis des neuesten agrarischen Feldzugs sein zu sollen. Nach officiösen, schon wiedergegebenen Mittheilungen sind in Preußen die Vorbereitungen für eine solche Enquete bereits im Gange. Aber auch in anderen deutschen Staaten wird man denselben Weg beschreiten müssen. Wenn der Bundesrath nicht aus eigener Initiative die betreffenden Ermittlungen anordnen sollte, wird die Anregung dazu wohl vom Reichstage ausgehen. Die Petition der pommerischen ökonomischen Gesellschaft, welche in ihren weitgehenden Forderungen der Doppelwährung, der Verdoppelung der landwirtschaftlichen Subsidien u. s. w. diesmal die agrarische Parole ausgegeben hat und von vielen landwirtschaftlichen Vereinen in der heute üblichen summarischen Weise unterstützt worden ist, wird demnächst im Reichstage zur Berathung kommen. In der Petitionskommission hat sich zwar für die

immer ein freundliches Gesicht dabei zu zeigen, als wäre es mit das größte Vergnügen. Es ist kein Spaß, Hale, hier in diesem verdamnten Loch wie eine Ratte elend zu Grunde zu gehen. Ihnen scheint das ziemlich gleichgültig zu sein. Sie sind ein Philosoph, glaube ich, und sehen von einem höheren Standpunkt auf Leben und Tod herab. Ich kann mir kaum denken, daß Sie wissen, was das für uns gewöhnliche Menschenkinder fagen will; es mag auch daher kommen, weil Sie nicht mit denselben Banden an das Leben gekettet sind wie wir. Sehen Sie, Hale, um meine kleine Mary thut es mir leid, die ich bei meiner Rückkehr betrauen wollte!" Und er fehrte sein Gesicht der Wand zu.

Hale erwiderte nichts; die Einzelheiten dieser schlichten Liebesgeschichte waren ihm lange bekannt. Gefanten Hauptes sah er regungslos da, bis der Lieutenant, des Schweigens müde, sich ihm wieder zuwandte und ihn mit einem neugierig forschenden Blick anfaß. Da richtete er sich auf und zog einen zerfütterten, veriegelten Brief aus der Brusttasche hervor, dessen Adresse er dem Freunde zeigte.

"Miß Ethel Starr, durch Vermittelung des Lieutenant Henry Lanfing", las dieser.

"Ich hatte ihn damals geschrieben", erläuterte Hale, "als wir unser Teil in den Booten versuchten, für den Fall, daß wir von einander getrennt würden."

Lanfing stützte sich auf den Ellbogen und blickte stumm den Brief an und von diesem auf Hale. "Sind Sie verlobt?" brach er endlich das Schweigen.

"Nein, ich kenne nur die Gefühle des einen Theils."

"Wie? Und Sie schlossen sich der Expedition an, ohne sich Klarheit verschafft zu haben? Das ist mir unverständlich."

"Deswegen eben kam ich mit Ihnen", erwiderte Hale ernst. "Wenn ich geliebt wäre, so hätte ich gefragt, und dieser Möglichkeit wollte und mußte ich mich berauben."

Georg Varrentrapp †.

Wir haben den am 15. d. in Frankfurt a. M. erfolgten Tod des Geh. Sanitätsrath Dr. Georg Varrentrapp bereits kurz gemeldet. Die „Allg. Z.“ liefert ihm nun folgenden Nekrolog: Er war am 20. März 1809 geboren als Sohn eines angesehenen Arztes, des Professors Dr. Konrad Varrentrapp, künftige Medizin in Heidelberg, Strassburg und Würzburg und promovierte an der letztgenannten Hochschule am 24. Sept. 1831. Er wurde zunächst Arzt in Frankfurt und 1841 Hospitalarzt am Krankenhaus zum heiligen Geist. Vom 8. April bis 21. Juli 1838 machte er eine medizinische Reise nach England, Holland und Belgien; das 1839 im Druck erschienene „Tagebuch“ desselben zeigt das rege Interesse, mit dem er schon damals medizinische und hygienische Einrichtungen betrachtete. Die 1840 in seiner Vaterstadt angeregte Reform des Gefängniswesens veranlaßte Varrentrapp, seine Aufmerksamkeit den Besserungssystemen zuzuwenden. 1842 wurde er mit Möllner und Dr. med. M. Julius Herausgeber der „Jahrbücher für Gefängniswese“ und 1846 berief er den Congress für Gefängniswesen in Frankfurt zusammen. Ende 1860 wurde unter Varrentrapps Mitwirkung die Gemeinnützige Bau-Gesellschaft gegründet, welche unter seinem langjährigen Voritz durch Schaffung gesunder Arbeiterwohnungen so viel Segen gestiftet hat. Gleichzeitig wendete er seine Aufmerksamkeit der Schulhygiene zu, sowohl als Schriftsteller, wie als Mitglied der gesetzgebenden Versammlung. Aber das größte Werk, welches seiner rastlosen Agitation zu verbanen ist, welches nicht nur seiner Vaterstadt Nutzen gebracht, sondern weithin Anregung zur Verbesserung gegeben hat, ist die Einführung der Canalisation nach dem System der Schwemmel-Stele. Varrentrapp konnte bei solchen Gelegenheiten mit seinem Fleiß und seiner Fassungskraft sich in alle Einzelheiten einarbeiten. So war er 1863 Mitglied der Commission, welche die Pläne dazu ausarbeiten hatte, und trotz der

Ereignisse von 1866 konnte bereits im April 1867 das große Werk in Angriff genommen werden. Varrentrapp hat auch die erste deutsche Zeitschrift für Hygiene in Deutschland gegründet, von welcher der achtzehnte Band im Erscheinen begriffen ist; er hat bis vor kurzem, trotz der Gebrechen des Alters, an ihrer Leitung Theil genommen und gelegentlich seines Rücktritts hat Prof. v. Pettenkofer Namens der Mitarbeiter und Leser ihm Dank ausgesprochen. Varrentrapps 50jähriges Doctor-Jubiläum am 24. September 1861 gab Veranlassung, seine Verdienste öffentlich darzulegen; zum Andenken wurde ihm das Werk überreicht: „Frankfurt in seinen hygienischen Verhältnissen und Einrichtungen“, wo auf mancher Seite seiner Thätigkeit gedacht ist.

Zwei Freunde.

Nachdem

Aus dem Englischen von J. M. Ray.

(Fortsetzung.)

Spät im dritten Jahre gerieth das Schiff in offenes Wasser und verlor bei einem Orkan nicht nur die Masten, sondern erlitt auch Schaden an seiner Maschine, die in Folge dessen ihren Dienst versagte. Es wurde in eine vom Lande eingeschlossene Bucht getrieben und fror abermals ein. Alle Anstrengungen, freies Fahrwasser zu gewinnen, scheiterten anfänglich, und als sie endlich erfolgreich waren, brach die nur nothdürftig reparierte Maschine von neuem zusammen und zwar noch schlimmer als das erste Mal. Die Leute, welche den Schaden hätten ausbessern können, waren mittlerweile den Strapazen erlegen, und so wurde der „Viking“, trotz der größten Bemühungen, es zu verhindern, wieder vom Eise eingeschlossen. Ein Versuch wurde gemacht, auf den Booten der Eisregion zu entfliehen; aber es trat nur zu bald klar zu Tage, daß es zu spät dazu war und die einzige Hoffnung auf mögliche Rettung darin bestand, das Schiff wieder zu erreichen und auf ihm auszuweichen. So kehrte man mit mühsam bewahrter Standhaftigkeit auf den

agratischen Forderungen keine Mehrheit gefunden, einzelne Vorschläge, wie der Wollzoll, sind sogar fast allseitig bekämpft worden. Aber die Commission wird doch als Ergebnis ihrer Beratungen dem Reichstage vorschlagen, die Veranlassung einer Enquete über die Lage der Landwirtschaft zu verlangen, und bei der starken Vertretung agrarischer Interessen im Reichstage, der sich in dieser Frage überdies gewiss eine beträchtliche Zahl „Unbefangener“ anschließen wird, ist die Annahme dieses Commissionsvorschlages im Reichstage selbst wohl ebenfalls gesichert.

Was bei einer solchen in bestimmter Tendenz geforderten Enquete herauskommen wird und herauskommen muß, haben wir im deutschen Reich bereits vielfach erfahren. Mit der Veranlassung der Eisen-Enquete und der Textil-Enquete war 1878 bereits ein Urtheil zu Gunsten der Eisen- und Garnzölle gesprochen. Die landwirtschaftliche Enquete wird neue landwirtschaftliche Schutzzölle, Exportprämien und sonstige Maßregeln, welche vorzugsweise dem großen Grundbesitz Vortheil bringen sollen, zu Tage fördern. Aber diese Aussicht genügt den entschlosseneren Agrariern, die schließliche Unterfütterung verlangen, nicht einmal. Und während die Forderungen der pommerischen Agrarier selbst in den Kreisen der Industriehilfszöllner, wie der neueste Beschluß des Handelsrats zeigt, immer mehr auf Widerstand stoßen, steigern die Agrarier ihre Forderungen immer höher. So hat kürzlich das Central-Collegium der verbundenen landwirtschaftlichen Vereine Schlesiens seinen Vorstand beauftragt, zu passender Zeit — das würde wohl eine Enquete sein! — neben dem Wollzoll auch Zölle auf Baumwolle, Flach und Zute zu fordern.

Unter diesen Umständen kann es nicht ausbleiben, daß die Enquete praktisch nichts anderes sein wird, als ein Mittel, den heute vorhandenen Widerstand der Industriellen gegen die agrarischen Ansprüche zu brechen, und so wird denn mit der Veranlassung der Enquete der deutschen Gewerthätigkeit, die ohnehin in jedem Jahre neue Beunruhigungen erfährt, die trübe Aussicht auf neue langwierige und erbitterte wirtschaftspolitische Kämpfe eröffnet.

* [Antisocialistische Maßregeln ohne Reichstag.] In Regierungskreisen bespricht man, der „Schle. Morg.-B.“ zufolge, für den Fall der Ablehnung des Socialistengesetzes folgende ungeheuerliche drei Ausnahmismittel: Es würde sich zunächst darum handeln, ob man an maßgebender Stelle geneigt wäre, den Artikel 68 der Reichsverfassung in Anwendung zu bringen. Dieser Artikel lautet:

„Der Kaiser kann, wenn die öffentliche Sicherheit in dem Bundesgebiete bedroht ist, einen jeden Theil desselben in Kriegszustand erklären. Bis zum Erlaß eines der Voraussetzungen, die Form der Verhängung und die Wirkungen einer solchen Erklärung regeln, das Reichsgesetz gelten dafür die Vorschriften des preussischen Gesetzes vom 4. Juni 1851.“

Dieses preussische Gesetz ermächtigt die Behörden, für die Aburtheilung gewisser Vergehen Kriegsgesetze zu bestellen, die richterlichen Garantien gegen Verhaftung, Hausdurchsuchung, Briefbeschlagnahme außer Kraft zu setzen, den Reichsschutz des Reichspressegesetzes von 1874 aufzuheben, Vereine und Versammlungen zu unterdrücken, überall Militärgewalt anzuwenden u. s. w. Die Anwendung des Artikels 68 der Reichsverfassung im Falle der Ablehnung des Socialistengesetzes würde also die Bedrohung der öffentlichen Sicherheit im Bundesgebiete zur Voraussetzung haben. Zweitens könnten die einzelnen Bundesregierungen im Falle der Ablehnung des Socialistengesetzes durch den Reichstag geneigt sein, von dem ihnen bundesverfassungsmäßig zustehenden Detentionsrecht Gebrauch zu machen. Der diesbezügliche Artikel 63 der preussischen Verfassungsurkunde lautet:

„Nur in dem Falle, wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder die Beilegung eines ungewöhnlichen Nothstandes es dringend erfordert, können, insofern die Kammer nicht veranlaßt wird, unter Verantwortung des gesamten Staatsministeriums, Verordnungen, die der Verfassung nicht zuwiderlaufen, mit Gesetzeskraft erlassen werden. Dieselben sind aber den Kammer bei ihrem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung vorzulegen.“

Drittens endlich würde für den Fall der Ablehnung des Socialistengesetzes durch den Reichstag in Frage kommen, ob die einzelnen Bundesregierungen, insbesondere die preussische Regierung, sich veranlaßt fänden, sofort auf dem Wege der Landesgesetzgebung Maßregeln gegen die Socialdemokratie zu treffen. Erwähnt sei noch, daß der Reichskanzler vor ungefähr zwei Jahren die Absicht hatte, den sogenannten Detentions-Paragraphe der preussischen Verfassung auch in die Reichsverfassung aufnehmen zu lassen.

So das schlesische Blatt. Vor der Hand sind solche Conjecturen ohne Belang: denn das wahrscheinlichste ist und bleibt, daß das Socialistengesetz, da das Centrum seine ablehnende Haltung in der Commission als nicht verbindlich für die Ent-

scheidung im Plenum erklärt hat, angenommen werden wird.

* [Dauer der Landtagsession.] Officiell wird berechnet, die Landtagsession werde bis Pfingsten dauern. Daß der Reichstag schon vor Ostern die Session schließen könnte, wird bezweifelt.

* [Colonialrechtspflege.] Die Commission des Reichstags für den Entwurf, betr. die Rechtspflege in den deutschen Schutzgebieten wird heute (Donnerstag) noch den von dem Abg. Dr. Meyer (Sena) erstatteten Bericht verlesen. Die Angelegenheit dürfte in der nächsten Woche dem Reichstag beschließen. Die Commission hat bekanntlich den vorgelegten Entwurf in erheblicher Weise abgeändert. Im Reichstag dürften die Commissionsanträge angenommen werden.

* [Münzprägung.] Für Rechnung der ägyptischen Regierung ist in Berlin abermals eine Summe von 6 600 000 Pfältern in Silbergeld geprägt worden, um von der Hauptmünzstätte aus zunächst nach Alexandrien verandt zu werden. Weitere Ausprägungen dürften noch bevorstehen, sobald die ägyptische Regierung die Silberbarren dazu eingeliefert haben wird.

* [Gesegentwurf betreffs der Innungsverbände.] Während der Reichstag mit aller Kraft an der Erledigung des vorliegenden Materials arbeitet, ist demselben noch die angekündigte Vorlage zugegangen, wonach (wie vorgelassen telegraphisch gemeldet ist) den Innungs-Verbänden die Rechte einer juristischen Person gewährt werden sollen. Es werden sieben neue Paragraphen, 104h bis 104o, in die Gewerbe-Ordnung eingeschoben. Der erste Paragraph lautet:

Durch Beschluß des Bundesrats kann Innungsverbänden die Fähigkeit beigelegt werden, unter ihrem Namen Rechte, insbesondere Eigentum und andere dingliche Rechte an Grundstücken zu erwerben, Verbindlichkeiten einzugehen, vor Gericht zu klagen und verklagt zu werden. In solchem Falle haften den Gläubigern für alle Verbindlichkeiten des Innungsverbandes nur das Vermögen desselben. Auf diejenigen Innungsverbände, welchen die gedachte Fähigkeit beigelegt worden ist, finden die Bestimmungen der §§ 104i. bis 104o Anwendung.

Die übrigen Paragraphen sind den analogen, für die Innungen geltenden Bestimmungen nachgebildet. In den Motiven wird als Aufgabe der Innungsverbände hauptsächlich die Gründung von Fachschulen und von Hilfskassen für den Handwerkerstand aufgeführt.

In dieser Session wird das Gesetz wohl nicht mehr zur Verabschiedung gelangen.

* [Der Unterstaatssecretär Meinecke] ist, der „Dresd. Ztg.“ zufolge, von der längeren Krankheit so weit genesen, daß er seine dienstlichen Functionen im Finanzministerium gestern wieder hat übernehmen können.

* [Deutsch-russische „Kriegsgefahren“.] Die Petersburger „Nowosti“ schlagen Alarm: Rußland befindet sich in Gefahr; an politischen Horizont ziehen sich „schwarze Gewitterwolken“ gegen Rußland auf, daß wenn sich Rußland gegen die schwarzen Wetterwolken nicht vorbereite, das Reich ebenso unvermuthet überumpelt werden würde, wie im Jahre 1853. Wer Augen habe zu sehen und Ohren zu hören, der müsse auch, „wenn er mit der Hand an seine Brust schlage“, diese Gefahren sehen, die doch offen schon „in der Luft schweben“.

Die Gefahren, um die es sich bei dieser Einleitung handelt, sind, wie die „Nowosti“ allen Ernstes enthüllen, Kriegsgefahren mit Deutschland. Denn Moltke, so lesen wir, der große Schwieger, habe seinen „eisernen Schrank“ doch nicht umsonst, denselben Schrank, in dem bis in alle Details hinein ausgearbeitet die Kriegspläne lag, mit welchen die „Volksflut des Blutes und Feuers“ zu bekämpfen beglücken werde. Daß der neueste Kriegsplan Rußland gelte, ist den „Nowosti“ ein Axiom und es scheint fast, als hätte das Blatt sich sogar einen Einblick in die Pläne dieses eisernen Schranke verschafft, so genau informiert giebt es sich über die Absichten Deutschlands aus.

Ein Theil dieses Planes, der vorbereitende, ist bereits in Ausführung gebracht: Rußland ist, so erfährt man, isolirt und seine Bundesgenossen und Freunde sind in seine Feinde verwandelt. Die deutsche Grenze ferner ist von ihren unsicheren Elementen schon halb gereinigt und die Armierung der starken Festungen in Posen endlich völlig vollendet. Es bleibt eben nur der Ueberfall selbst und auch über diesen scheint der eiserne Schrank den „Nowosti“ Manches verrathen zu haben:

Dieser Ueberfall wird, ohne Zweifel, im Bunde mit Deutschland stattfinden. Weilen wir denselben nicht gleich an unserer Grenze zurück, so müssen wir einen Plan machen, der darauf berechnet ist, daß die Deutschen den Fehler Napoleon's wiederholen werden. Die deutsche Armee wird die Grenzgebiete belegen und die deutsche Flotte die Dnieper beherrschen. Wenn der Kaiser Bismarck diese Zeit noch erlebt, so wird er im deutschen Parlament feierlich erklären, daß seine Hauptaufgabe in der Vereinigung Europas besteht und daß sich die vereinigten Polen und übrigen slavischen Völker davon überzeugen werden, daß Deutschland nur treuherzig erndtlichen konnte, wanderte er, die Plinte über die Schulter gehängt, auf das Eis hinaus. Eines Tages hatte ihn die Verfolgung eines Wildes weiter geführt als gewöhnlich; endlich gab er die Jagd als erfolglos auf und wollte gerade den Rückweg antreten, als er deutlich den Knall einer Büchse vernahm, der nicht vom Schiff, sondern aus der entgegengesetzten Richtung zu ihm herüber tönte. Ein Schuß aus jener Gegend? Er konnte es kaum begreifen! Ein Zittern überfiel ihn, als sei der eilige Hauch der Kälte plötzlich bis in sein Innerstes gedrungen. Es war nicht möglich! Sein Gehör mußte ihn getäuscht haben, und um sich Gewißheit zu verschaffen, feuerte er selbst. Sofort antwortete ihm ein abermaliger Schuß. Die Erwartung raubte ihm den Athem, und obgleich er nicht mehr zweifelte, feuerte er noch einmal und mit dem gleichen Erfolg. Da eilte er mit beschleunigtem Schritt vorwärts und erblickte in der Ferne einen aus Südwest kommenden Schützen, der von einem Hundespännchen gezogen wurde.

Er lief ihm entgegen und sah, daß das Gefährt nur einen einzigen Insassen hatte. Es kam näher und hielt an. Der Lenker war ein kleiner Mann, und obgleich er in seinen Beinen wie in einer Verwundung steckte, konnte nichts die eigenthümliche Haltung der Schultern verbergen, bei deren Anblick sich Hales Reble zuschnürte und seine Augen sich verdunkelten. Es war Bantry.

Hale schrie vor Freude auf und schloß ihn in seine Arme, und die beiden Männer umklammerten einander und weinten — dort inmitten der schrecklichen Einöde. Das Heimweh, das, von Hale lange zurückgedrängt, im tiefsten Schacht seines Gemüths ruhte, brach unaufhaltsam hervor und vermischte sich mit einer großen, warmen Zärtlichkeit für den kleinen Freund, der zu der Heimath gehörte, nach der er Sehnsucht trug. Und als die Erregung ihn sprechen ließ, rief er aus: „Bantry, was willst Du hier?“

Und Bantry erwiderte: „Ich bin hierher gekommen, um Dich zurückzubringen.“ (Fortf. f.)

seine Forderung vertheidigt und gegen eine Wiedergeburt der Slamen, die Polen unbegriffen, nichts einzuwenden hat. Er wird ihnen sagen, daß Rußland die Entfernung aller ihm feindlich gestimmten Elemente nur Deutschland zu verdanken habe, daß der Petersburger „Neuböliberalismus“ gedemüthigt und seine Quelle vermindert sei. Das von Peter dem Großen nach Westen durchgeschlagene Fenster ist einfach überglährt, Rußland aber selbst wieder gegeben — „zurück und nach Hause“.

Seine Rede kann Fürst Bismarck folgendermaßen schließen: „Ihr könnt jetzt zu eurem ursprünglichen Leben und Zustande zurückkehren. Ich brauche einer Moskauer nicht mehr. Was Deutschland dringend bedurfte, war die baltische Küste, die die Nowgoroder besaßen und die das Genie Peters des Großen Rußland verschaffte. Ihr könnt jetzt ruhig das Bad der Wiedergeburt verschlucken, in welchem euch eure besten Männer, eure Propheten, mit Altkaffa an der Spitze, haben wollten. Auch die Ueberführung der Residenz nach Moskau wird keine sonstige Ueberfiedelung mehr sein, die an das Quartett eines Kadelichters Krowlow erinnert, sondern eine natürliche Nothwendigkeit.“

Was wir eben auseinandergelegt haben, wird Niemand glauben, ist natürlich nur Pantomime und Rußland wird nie so weit erniedrigt, nie so unglücklich werden. Aber Frankreich, das im Jahre 1870 „nach Berlin, nach Berlin“ rief, glaubte auch nicht, daß es zwei seiner besten Provinzen verlieren und ihm der Rhein entrissen werden würde.

Und das Alles im feierlichsten Ton, im Tone der tiefsten Ueberzeugung! — Die „Nowosti“ sind — bemerkt das derb, aber zutreffend der „Petersburger Herald“ — einfach übergeschnappt, denn hier liegen alle Symptome eines Verfolgungswahns zu Tage.

* Aus Belgrad wird berichtet, daß der Correspondent der „Kölnischen Zeitung“, Doctor Esser, wegen angeblicher Conspiration mit dem Fürsten Alexander von Bulgarien aus Serbien ausgewiesen worden ist.

* Posen, 16. März. Die Adresse an den Papst, in welcher an denselben das Ersuchen gerichtet wird, den Domberrn Dinder nicht zum Erzbischof zu ernennen, ist auch in den Kirchen bekämpft worden. Man ersieht dies aus einer Stelle im „Dendobinski“, welche lautet: Gestern (14. d. M.) traten die Geistlichen in den hiesigen Kirchen auf Neue gegen die Adresse auf, indem sie die Gläubigen mahnten, sich nicht behören zu lassen, und der künftigen geistlichen Behörde die Arbeit nicht zu erschweren.

Dresden, 17. März. Die zweite Kammer genehmigte 5 721 000 Mk. zum Bau einer Normalbahn von Annaberg nach Schwarzenberg und 1 903 090 Mk. für schmalfpurige Secundärbahnen von Schönfeld nach Geyer und von Schwarzenberg nach Hammer-Nittersgrün. (B. Z.)

Karlsruhe, 17. März. Der Erbgroßherzog hat, nachdem gestern Abend eine unerhebliche Steigerung der Körperwärme eingetreten war, die Nacht ohne weitere Störung verbracht. Heute Morgen war dieselbe niedrige Temperatur wie gestern; es beginnt sich etwas Appetit einzustellen. (B. Z.)

Darmstadt, 17. März. Die erste Kammer ist dem Beschlusse der zweiten Kammer wegen Erbauung einer Klinik in Sießen und wegen Bewilligung der dazu erforderlichen, durch eine 4procentige Anleihe aufzubringenden 1248860 Mk. beigetreten. (B. Z.)

Frankfurt a. M., 17. März. In den Motiven zu dem schon mitgetheilten Urtheil gegen den Polizeicommissar Meyer heißt es: Der Gerichtshof nahm an, daß Meyer die Körperverletzungen vorzüglich begangen habe. Die gegebenen Instructions könnten ihn nicht excusiren, denn sie seien nicht derartig gewesen, daß er den Gebrauch der Waffe sofort hätte eintreten lassen dürfen. Angegriffen sei er nicht worden, also hätte er zunächst andere Mittel versuchen müssen, wozu das Juridicandum mit der Hand gehöre. Ob er sich durch die Verhaftung Lebendgeders lächerlich gemacht hätte, könne dahin gestellt bleiben, er hätte mindestens den Versuch machen müssen. Wenn er nach Erledigung der Hauptsache den Gebrauch der Waffen sistirte, so könne ihn das nicht straflos machen; es falle ihm Alles, was im Friedhof passirt ist, zur Last. Wildernde Umstände habe der Gerichtshof mit Rücksicht auf die Vorsichtigkeit nicht bewilligen können. (B. Z.)

Serbien. Belgrad, 17. März. Das Ministerium hat beschlossen, nach dem Austausch der Ratificationsurkunden über den Friedensvertrag mit Bulgarien die Grenze gegen Bulgarien sofort frei für den Handelsverkehr zu eröffnen. (B. Z.)

* [Fürst Alexander und die Pforte.] Während gestern die Ratification des serbisch-bulgarischen Vertrages endgültig vollzogen und somit volle Klarheit auf dem einen Punkte der Balkanangelegenheiten geschaffen worden ist, schwebt betreffs des Schicksals des bulgarisch-türkischen Vertrages noch immer ein gewisses Dunkel. Die Nachrichten aus Sofia über die Haltung des Fürsten Alexander lauten fortwährend widersprechend und nähere Aufklärungen bleiben abzuwarten, ehe sich die Lage übersehen läßt. Jedenfalls soll Zanolow, der Vertreter des Fürsten in Konstantinopel, da er in dieser Angelegenheit die Anschauungen des Fürsten nicht deutlich genug dargelegt habe, vom Fürsten desavouirt und zurückberufen worden sein.

Diese letztere Nachricht wird durch eine Meldung des „B. Z. B.“ aus Konstantinopel bestätigt, wonach Zanolow nach Sofia zurückkehrt. Trotz alledem glaubt man, wie schon früher bemerkt wurde, nicht, daß der Fürst seine Weigerung zur Unterzeichnung des Abkommens mit der Pforte aufrecht erhalten werde. Bezüglich der Motive des Fürsten zu diesem neuesten Schritt trifft vielleicht ein Wiener Correspondent der „Köln. Ztg.“ das Richtige, wenn er denselben damit erklärt, daß der Fürst bei seiner letzten Anwesenheit in Philippopol die schon mehrfach erwähnten panslavistischen Wühlereien und die von der russischen Partei verbreiteten Vorwürfe kennen gelernt hat, denen zufolge er zu nachgiebig gewesen sei, bei größerer Festigkeit aber für die Union mehr erreicht hätte. Diesen Wühlereien die Spitze abzubringen, wird dem Fürsten gelungen sein. Grade sein Mißerfolg wird die Abneigung der Bulgaren gegen den vor wenig Jahren gefeierten Zar-Befreier wesentlich verstärken.

Montenegro. Cettinge, 14. März. Es wird officiell widerrufen, daß eine gewisse Proclamation gegen die jetzige serbische Regierung vom Fürsten Peter Karageorgewitsch zusammengestellt worden ist.

Rußland. Petersburg, 15. März. Am 3. d., dem 19. Febr. alten Stils, dem Jahrestage der Aufhebung der Leibeigenschaft, kam es in Charkow zu einem Studententumult, der größere Ausdehnung annahm. Die Studirenden hatten für diesen Tag einen Fackelzug und ein gemeinschaftliches Festessen in Aussicht genommen; beides wurde aber vom Rectorat und der Obrigkeit verboten. In Folge dessen rotteten die Studenten sich zusammen und zogen durch die Straßen nach der Universität. Die

Polizeibeamten, die sie zerstreuen wollten, wurden angegriffen und mit einem Steinbägel überhäufet, der auch viele Fenster zertrümmerte. So aßen sprengten die Tumultuanten auseinander und verhafteten viele. Die Sache wird bis jetzt geheim gehalten.

Von der Marine.

Kiel, 16. März. In der Marine herrscht in diesen Tagen große Mühseligkeit. In Kiel stehen gegenwärtig 1400 Mann der I. Matrosen-Division und 400 Mann derselben Division liegen in den Forts. In der Stadt stehen ferner 500 Mann des Seebataillons, in dem benachbarten Gaarden 1500 der I. Werft-Division und in der Baste Friedr. d. d. 600 Mann der I. Matrosen-Artillerie-Abtheilung und 200 Schiffsküchen. Alle diese Mannschaften wurden gestern Nachmittag durch Generalmarfch alarmirt. Durch die Straßen der Stadt und die Hafenempenen schmetterten plötzlich Horn- und Trommel-Signale: „Das Ganze sammeln!“ In kürzester Zeit eilten nun Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere nach ihren Sammelplätzen. Hier gelangten die Commandirungen z. für die demnächstigen Indienststellungen zur Verlesung, womit der Appell ein Ende hatte. Auch in Gaarden Friedr. d. d. und den Forts war Generalmarfch geschlagen worden und um 2 Uhr in der Nacht marschirten sämtliche Mannschaften aus der Umgegend nach Kiel. Heute Morgen gegen 7 Uhr, im tollsten Schneegestöber, fand auf der kaiserlichen Werft die Probendienststellung verschiedener Schiffe und Torpedoboote statt. Wie wir hören, werden diese Manöver während der nächsten drei Tage fortgesetzt werden.

Telegraphischer Specialdienst

der Danziger Zeitung.

Berlin, 18. März. Der Reichstag wird bei Anwesenheit von 12 Mitgliedern eröffnet. Die Vorlage über die Schiffsfahrtsabgabe auf der Unterweiser wird unverändert angenommen. Zu der Zuckerksteuer haben noch die conservativen Abgg. Graf Stolberg-Rastenburg und Puttkamer-Bleich den Antrag eingebracht, die Steuer auf 1,60 Mark zu belassen und die Bonification in den nächsten beiden Jahren auf 18, dann auf 17,40, dann auf 16,40 Mark festzusetzen. Referent Abg. Witte bekämpft die verschiedenen Anträge und spricht für die Commissionsanträge. Staatssecretär v. Barchard erklärt, die Commissionsanträge würden die Zustimmung der Regierungen nicht finden. Die Melasse-Steuerung sei unüberführbar und würde eine beständige Controlle des Betriebes erfordern. Der Begriff Melasse sei undefinirbar. Die Zuckerksteuer würde in diesem Etatsjahr höchstens 20 Mill. ergeben, in dem laufenden Betriebsjahr etwa 30, die sich auf 10 Millionen ermäßigen, wenn die noch lagernden Zuckermassen zur Ausfuhr gelangen. Also sei eine Reform nothwendig. Der Antrag von Rosland (Herabminderung der Steuer) und der von Passerott (Verbindung von Material- und Consumsteuer) seien von vornherein unannehmbar. Der Antrag des Grafen Stolberg sei beachtenswerth, würde aber den finanziellen Vertrag der Zuckerksteuer vermindern, und den können die Regierungen nicht zustimmen; er würde auch zur Minderung des Consums führen und dadurch die Industrie schädigen. An der Materialsteuer hielten die Regierungen fest. Abg. Rosland (frei): Der einzige Ausweg sei eine Herabsetzung der Melassesteuer und der Bonification, welche allen an der Zuckerksteuer und an dem Rückgang des Steuerertrages schuld sei. Durch eine niedrigere Steuer werde sich der Consum und der Steuerertrag heben. So nur könnten die Industrie und die Finanzen gerettet werden. An der jetzigen schlimmen Lage trage die Regierung die Schuld; sie sei oft vor den Gefahren der Exportprämie gewarnt worden. Behalte man das jetzige System bei, so führe man die Industrie an den Rand des Abgrundes und werde nach einer neuen, noch schwereren Krise mit einem Schlag zur Fabriksteuer übergehen müssen. Abg. v. Wedell-Malschow (conf.) erkennt an, daß der Antrag Rosland principiell der richtige sei; er habe aber nicht Aussicht bei den Regierungen. Er empfiehlt die Commissionsvorschläge und eine Melassesteuer. Die Erhöhung der Melassesteuer würde die Landwirtschaft und die Industrie schädigen; eine Herabsetzung der Exportprämie sei zwar auch wegen der Concurrenz auf dem Weltmarkt bedenklich, Nebenerwägung sei aber lieber für sie als für eine erhöhte Steuer. Abg. Lohren (Reichsp.) spricht gegen die Regierungsvorlage und für die Commissionsanträge. Die Melassesteueränderung habe Unheil für den Steuerfiscus und den Ribbenbau zur Folge gehabt. Die Regierungsvorlage sei durchaus nicht geeignet, dies Unheil zu vermindern; die Commissionsvorschläge seien mäßig und gerecht. Die Strontianit-Fabriken seien die Saugluge, die durch die Commission noch lange nicht tot gemacht sind. Geheimrath Vocius erklärt sich gegen die Melassesteuer, die leicht hinterziehbar sein würde. Graf Stolberg (conf.) spricht für seinen Antrag, welcher der Regierung 11 Millionen mehr einbringen würde als bisher. Abg. Buhl (nat.-lib.) erklärt sich nicht Namens seiner Partei, sondern für seine Person für die Melassesteuer. Die Melassesteueränderung koste jährlich 17 Millionen an Exportprämien. Minister Lucius will der Zuckerksteuer wie der Spiritusindustrie den Stimulus der Exportprämie erhalten und prophezeit aus der Herabsetzung derselben einen Schaden für die Landwirtschaft. Professor Scheibler habe bewiesen, daß die Melassesteuer absolut unmöglich sei. Abg. Heine (Soc.) empfiehlt einen besonderen Antrag, die Ausbeute von einem Centner Zucker aus 9 Centner Ribben anzunehmen, und schildert die Fabriken von Dieke-Barby, wo den Arbeitern von ihrem künftigen Lohn Strafgelder abgenommen würden, mit denen die Inspectoren ihre Wein- und Champagnerguthen tilgten. Abg. Dieke-Barby (Reichsp.) weist diese Angriffe als falsch zurück und spricht von Hebereien, was der Präsident v. Wedell als nicht parlamentarisch rügt. Nachdem die Abgg. Färlle (Volksp.) für die Melassesteuer und Struckmann (nat.-lib.) dagegen und für die Regierungsvorlage gesprochen haben, wird die Debatte auf morgen verlegt.

Berlin, 18. März. Das Abgeordnetenhaus beendete heute die zweite Session des Etats. Meistens wurden die Commissions-Anträge angenommen. Zu Debatten provinzieller Natur (Münster und Halle) führte der Etat der Archivverwaltung. Eine längere Debatte riefen bei dem Etat des Abgeordnetenhauses die Anträge der Abgg. Douglas und v. Heereman auf Beschaffung eines anderen Dienstgebäudes für das Haus hervor, welche zur Annahme gelangten, wobei Abg. Meyer-Ans wurde unter vielfacher Heiterkeit in seiner humoristischen Weise für die Beibehaltung des jetzigen Gebäudes eintrat. Angenommen wurde der Antrag, in den nächsten Etat eine Entschädigung für die Superintendenden einzuführen. — Morgen findet Petitionsvorlesung statt.

Der Staatsauschuss der Stadtverordneten hat beschlossen, auch für das bevorstehende Etats-

